

Protokoll der Onlinesitzung des JHA vom 16. Dezember 2021 und der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren

Zeit: 16:58 – 19:30 Uhr

Datum: 23.12.2021

Vorsitz: Frau Hüsken

Protokoll: Frau Weiß

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Ahrens, Sandra	x	Van der Smissen, Telly	x
Morawietz, Melanie	x	Winter, Wiebke	<input type="checkbox"/>
Lürßen, Helga	x	Eckhardt, Kerstin	x
Krümpfer, Petra	x	Bredehorst, Gönül	<input type="checkbox"/>
Pfeiffer, Birgit	x	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	x	Pörschke, Thomas	<input type="checkbox"/>
Dr. Eschen, Solveig	x	Hupe, Christopher	<input type="checkbox"/>
Tuncel, Cindi	x	Leonidakis, Sofia	<input type="checkbox"/>
Kocas, Yasar	x	Buhlert, Dr. Magnus	<input type="checkbox"/>
Schmitt, Bernd	x	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Barde, Hanns-Ulrich	x	Ziegler, Gerd	x
Kastens, Christina	x	Poort, Tina	<input type="checkbox"/>
Hüsken, Swantje	x	Wulff, Anina	<input type="checkbox"/>
Appelhagen, Sara	<input type="checkbox"/>	Favari, Mario	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	x	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	x	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unter dem TOP 12 Berichte der Verwaltung um drei Sachstandsmitteilungen ergänzt.

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Herr Barde bedankt sich für die zügige Auszahlung der Planungsreserve.

Wie bereits im LJHA erläutert, bittet er um Sachstandsmitteilung, wie der Zutritt unter Einhaltung der 3G-Regel zu Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und junge Erwachsene geregelt werden soll. Herr Diener berichtet, dass dies zeitnah einer Klärung zugeführt werden soll. Die freien Träger der Jugendhilfe werden informiert, sobald ein Ergebnis vorliegt.

Herr Goldschmidt regt an, sich in einer der nächsten Sitzungen mit dem Themenkomplex der Beschlusskontrolle, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, zu befassen. Die Vorsitzende Frau Hüsken sichert dies für die kommende Sitzung am 03.02.2022 zu.

TOP 03: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 11.11.2021 und 23.09.2021

Herr Barde bittet für das Protokoll zur Sitzung am 23.09.2021 um folgende Ergänzung zu Top 7: *„Herr Barde schlägt die Ausrichtung eines Fachtages vor. Frau Schrader begrüßt dies und dankt für die konstruktive Diskussion in der AG gem. § 78 SGB VIII.“*

Eine erneute Befassung ist nicht notwendig, das Protokoll kann mit der Ergänzung als Beschlussvorschlag protokolliert werden.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Barde, Frau Hüsken

Beschluss:

1. Das Protokoll der Sitzung vom 23.09.2021 wird mit folgender Ergänzung zu Top 7: Herr Barde schlägt die Ausrichtung eines Fachtages vor. Frau Schrader begrüßt dies und dankt für die konstruktive Diskussion in der AG gem. § 78 SGB VIII.
2. Das Protokoll der Sitzung vom 11.11.2021 wird genehmigt.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 04: Aktueller Sachstand Corona – Austausch

-

TOP 05: Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

Herr Barde und Herr Goldschmidt bedanken sich ausdrücklich im Namen der Träger unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) und des Bremer Jugendrings (BJR) für das gemeinsame Vorgehen und die geeinte Vorlage. Sie ergänzen noch einmal die Notwendigkeit, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und hierbei auch die Fragen zur Systemadministration und entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen mitzudenken:

Auf Nachfrage von Frau Ahrens bestätigt Frau Schrader die Vorhaltung einer Ausstattungspauschale, das Antragsverfahren dazu ist noch in der Einigung.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Barde, Herr Goldschmidt, Herr Schmitt, Frau Ahrens, Frau Schrader

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt, dass die Forderungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen und des Bremer Jugendring in die Vorlage aufgenommen wurden.
3. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird gebeten, den Antrag Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit an den Bremen-Fonds (Stadt) zu stellen.
4. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird gebeten, das Konzept Digitalisierungsstrategie der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit wie vorgeschlagen zu erarbeiten und im Jugendhilfeausschuss und in der Städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration vorzustellen.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 06: Bremen-Fonds „Für ein Aufwachsen in Wohlergehen – Entwicklung und Umsetzung einer ressortübergreifenden Gesamtkoordination und –Strategie Frühe Kindheit“

Herr Diener führt in die Vorlage ein.

Auf Nachfrage von Frau Ahrens erläutert Herr Diener, dass für die wissenschaftliche Begleitung der Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (BRISE) die für eine fundierte Auswertung notwendige Teilnehmerzahl erreicht worden ist.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Diener, Frau Ahrens

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt den Beschluss und die Umsetzung der durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport gemeinsam mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und der Senatorin für Kinder und Bildung erarbeiteten Senatsvorlage sowie den dazugehörigen Bremen-Fonds-Antrag „Für ein Aufwachsen in Wohlergehen – Entwicklung und Umsetzung einer ressortübergreifenden Gesamtkoordination und –Strategie Frühe Kindheit“.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 07: Interessenbekundungen – Weitere Umsetzungsempfehlung

Auf eine Einführung in die Vorlage wird verzichtet.
Frau Ahrens bedankt sich für die entsprechende Umsetzung.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Ahrens

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt wie folgt:
Walle: Es wird empfohlen den Standort
Wartburgplatz 1 / AWO Kita gGmbH
vorbehaltlich eines positiven Beiratsvotums
umzusetzen.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 08: Kindergartenjahr 2021-2022 / Platzangebot und dessen Auslastung zum Stichtag 1. Oktober (Status III)

Auf eine Einführung wird verzichtet.
Frau Ahrens macht deutlich, dass die aktuelle Berichterstattung nicht aussagekräftig sei und es hier dringend einer anderen Form der Befassung bedürfe. Herr Jablonski stimmt diesem zu und verweist auf das neue System, welches eine erweiterte und veränderte Berichterstattung zur Versorgungslage ermöglichen wird.

Frau Hüsken bittet Herrn Dr. Schlepper um Einführung in seine Stellungnahme, die er der Geschäftsführung vorab zur Verfügung gestellt hat und die mit dem Protokoll versendet wird. Herr Schlepper führt vor allem seine Irritation darüber aus, dass die Träger an einer Konzeptentwicklung bisher nicht beteiligt worden seien. Bisher habe es nur einen kurzen mündlichen Bericht in der AG 78 dazu gegeben. Der entsprechende Artikel im Weserkurier führe zu Verunsicherung und Verärgerung unter den Trägern. Zudem äußert er seine Sorge in Bezug auf die Umsetzung. Weiter führt er aus, dass mit einer verpflichtenden Sprachförderung, die in die Kitas verlegt wird, sich sowohl die Frage stellt, ob eine Kitapflicht eingeführt wird als auch die praktische Umsetzungsfrage in Bezug auf die Anmeldeverfahren und vorhandenen Platzkapazitäten.

Herr Jablonski bedankt sich für die Auseinandersetzung und die Ideen. Die politische Zielsetzung, die 5-Jährigen ab 08/22 erreichen zu wollen, bedeute die Erarbeitung eines Konzeptes unter hohem Zeitdruck. Bisher handele es sich um einen Entwurf mit Eckpunkten und kein final abgestimmtes Konzept. Er begrüße die Bereitschaft zur Mitarbeit der Träger und setze auf deren Expertise. Von Kitapflicht sei nicht die Rede. Es gehe zunächst darum, alle Kinder zu erreichen und denen, die mit 4-5 Jahren noch in keiner Betreuung sind; ebenfalls entsprechende Angebot für die Einsteuerung in eine Kindertagesstätte zu machen.

Frau Dr. Eschen erläutert ergänzend, dass die Pflicht bei festgestelltem Bedarf an einer Sprachfördermaßnahme teilzunehmen, bereits bestehe, es aber hierfür dringend eines neues Verfahrens bedürfe.

In der weiterführenden Diskussion wird die Irritation über den genannten Artikel zum Ausdruck gebracht. Es bestehe grundsätzlich die Sorge in Bezug auf die vorhandenen Platzkapazitäten.

Insbesondere in den Brennpunkten seien die Plätze aktuell bereits nicht auskömmlich und es stelle sich die Frage nach der Umsetzung.

Frau Blumenhagen stellt klar, dass keine Bestandskinder zugunsten von Kindern mit Sprachförderbedarf ihren Platzanspruch verlieren werden. Gemeinsam mit Herrn Jablonski unterstreicht sie das weitere geplante Vorgehen, in dem die nächsten Schritte eng mit den Trägern abgestimmt werden sollen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Jablonski, Herr Schlepper, Frau Ahrens, Frau Krümpfer, Frau Eschen, Frau Blumenhagen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Status III bezüglich der Angebote zur Tagesbetreuung für Kinder zur Kenntnis.

TOP 09: Schaffung und Erweiterung von ergänzenden niedrigschwelligen Angeboten für nicht schulpflichtige Kinder ohne Kitaplatz

Frau Gerking führt in die Vorlage ein und entschuldigt die Reihenfolge der Befassungen in den Gremien.

Auf Nachfrage zur Finanzierung der sozialpädagogischen Spielkreise erläutert Frau Gerking, dass in der Vorlage die neuen Vorhaben beschrieben seien, sie nehme diese Fragen jedoch mit und werde in einer nächsten Ausschusssitzung erneut berichten. Die Erweiterung der Angebote seien als Ergänzung zum Regelangebot zu verstehen und sollen nicht mit diesem konkurrieren.

Unabhängig der Möglichkeiten hierüber niedrigschwellige Angebote zu schaffen, wird der Bedarf an Regelangeboten mit einem höheren Stundenumfang noch einmal zum Ausdruck gebracht.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Gerking, Frau Kastens, Frau Ahrens

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss folgt der Beschlussfassung der städtischen Deputation für Kinder und Bildung vom 01.12.2021.

Zustimmung: 11
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 3

TOP 10: Themen des (Landes-)Jugendhilfeausschusses für die laufende Legislaturperiode – Anpassung und Aktualisierung

Herr Goldschmidt führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: -

Beschluss:

1. Der (L)JHA nimmt die Anpassungen und Aktualisierungen zur Themenliste zur Kenntnis.
2. Der (L)JHA bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und die Senatorin für Kinder und Bildung, die zur Bearbeitung ausstehenden Themen in die Ausschüsse einzubringen und fristgerecht weiter zu bearbeiten.
3. Der (L)JHA bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und die Senatorin für Kinder und Bildung, die Themen gemäß den zeitlichen Vorschlägen in die Ausschüsse einzubringen.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 11: Auswirkungen der Stadtteilbudgetverteilung OJA

Herr Barde führt in die Vorlage ein. Es handele sich hierbei um ein Diskussionspapier zur weiteren Befassung des Themas im Jugendhilfeausschuss und sei als Ergänzung der Stellungnahme vom 04.06.2021 (Befassung im JHA 17.06.2021, TOP 11) zu verstehen.

Frau Krümpfer und Frau Ahrens bemängeln die fehlende Vorlage zu den Auswirkungen. In der Novembersitzung sei die Sachlage anders dargestellt worden, aktuell erreichen sie jedoch aus unterschiedlichen Stadtteilen Meldungen zu negativen Auswirkungen der vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Mittelverteilung der Stadtteilbudgets für das Jahr 2022.

Herr Goldschmidt berichtet aus der AG 78 und betont, dass die derzeitige Mittelverteilung beziehungsweise die fehlende Erhöhung der Basisfinanzierung zu Realkürzungen im Bereich der Programmik, des Betriebes und des Personals führen werde. Es werde umfassend über die Coronafolgen für Kinder und Jugendliche gesprochen und festgestellt, wie wichtig die Offene Kinder- und Jugendarbeit sei, um mit diesen umzugehen. Die benannten Schwerpunktmittel würden hierbei zwar helfen, bedeuteten aber auch viel bürokratischen Aufwand, der Zeit koste, die dann bei den Adressaten fehle. Entsprechend dem Rahmenkonzept für die offenen Kinder- und Jugendarbeit sollte eine kontinuierliche Erhöhung des Budgets vorgesehen werden, um die steigenden Betriebs- und Personalkosten decken zu können.

Herr Schmitt unterstützt diese Position und betont neben der Sichtweise auf die insgesamt gute Entwicklung in Bereich der Schwerpunktmittel (überregionale Mittel, Ausbildungsfonds etc.) noch einmal die Tarif- und allgemeinen Preissteigerungen, die in der Grundförderung nicht auskömmlich Berücksichtigung finden würden.

Herr Tuncel begrüßt die Debatte. Er teile die Sorgen um Schließungen aktuell nicht. Es sei davon auszugehen, dass der Jugendbericht noch einmal umfänglich Auskunft darüber geben werde, welche Angebotspalette für die Stadtgemeinde notwendig sei: Auf dieser Grundlage würden die nächsten Handlungsschritte definiert werden können.

Frau Ahrens bittet um eine Vorlage zu den konkreten Auswirkungen der beschlossenen Mittelverteilung. Die steigenden Betriebs- und Personalkosten forderten Einsparungen in den Angeboten. Diese Verantwortung müsse auf politischer Ebene übernommen werden und könne nicht alleine in den Controllingausschüssen getragen werden.

Herr Grönert verweist darauf, dass es sinnvoll ist, dass die Mittelverteilung der Bevölkerungsentwicklung der Stadt folgt. Die Darstellung zu den Auswirkungen soll absprachegemäß in der AG78

Kinder- und Jugendförderung erarbeitet werden und wird in eine der nächsten Sitzung eingebracht. Der Jugendbericht bilde die Grundlage, um insgesamt die bedarfsgerechte Ausstattung der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu diskutieren.

Frau Hüsken schließt die Diskussion und bedankt sich für die konstruktive Debatte. Es werde deutlich, dass es einer kontinuierlichen Diskussion dieses Themas bedürfe.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Barde, Herr Goldschmidt, Frau Krümpfer, Frau Ahrens, Frau Aytas, Herr Schmitt, Frau Görgü-Philipp, Frau Lürßen, Herr Grönert

TOP 12: Berichte der Verwaltung

Sachstand: Jugendbericht für die Stadtgemeinde Bremen

Herr Seidel berichtet anhand einer Präsentation, die dem Ausschuss im Anschluss der Sitzung per Email zur Verfügung gestellt wurde und dem Protokoll angehängt wird.

Sachstand Ausbildungsfond/Anerkennungsjahr 2021

Herr Schaller berichtet anhand einer Präsentation, die dem Ausschuss im Anschluss der Sitzung per Email zur Verfügung gestellt wurde und dem Protokoll angehängt wird. Auf Nachfrage erläutert er, dass eine fortlaufende Förderung möglich aber nicht immer gegeben sei. Zum einen solle die Möglichkeit der Antragsstellung für alle freien Träger der Jugendhilfe bestehen und ein Wechsel unter den Trägern möglich sein, zum anderen gebe es je individuelle Modalitäten der Auszubildenden in Bezug auf die Anforderungen an die Praxisstelle zu beachten, so dass die Anträge immer wieder neu geprüft werden.

Sachstand Aktionsprogramm „Corona aufholen“

Herr Schaller berichtet anhand einer Präsentation, die dem Ausschuss im Anschluss der Sitzung per Email zur Verfügung gestellt wurde und dem Protokoll angehängt wird.

TOP 13: Verschiedenes

-

für das Protokoll:

Nicole Weiß